



Frieden und Menschliche Sicherheit

Globale Unsicherheit und Überwindung von Gewalt¹

Brief an unsere Kirchen, den Ökumenischen Weltrat der Kirchen und an unsere Regierungen:

Nach dem Ende des Kalten Krieges sind die Sicherheitskonzepte weiter entwickelt worden, vom primären Interesse an „nationaler Sicherheit“ zu „menschlicher Sicherheit“ – mit einer Verschiebung im Ansatz und in der Methode. Es bestand die Hoffnung, durch dieses Konzept einer Zentrierung auf die Bevölkerung, das die individuellen Menschenrechte schützt und auf die Bedürfnisse der einfachen Menschen ausgerichtet ist, ein stabiler Frieden in einzelnen Regionen und auch global erreicht werden könnte. Der UNDP-Entwicklungsbericht von 1994 stellte fest, dass die grundlegendste Notwendigkeit zur Bildung menschlicher Sicherheit darin besteht, „Freiheit von Not“ und „Freiheit von Angst“ zu garantieren. Das Konzept der menschlichen Sicherheit soll kooperativ angelegt sein (international), umfassend (persönliche, soziale, politische, ökonomische und ökologische Dimensionen sind voneinander abhängig) und allgemein (verschiedene Akteure sind involviert). Die Bevölkerungen sollen dazu ermächtigt werden, selbst durch die Entwicklung und Anwendung von Lösungsansätzen zur Überwindung von Unsicherheit und Gewalt beizutragen.

Während dieser Konferenz haben wir aber auch vom „Mythos der Sicherheit“ erfahren, der Ambivalenz und sogar dem Missbrauch dieses Konzepts der menschlichen Sicherheit durch die wirtschaftlich dominierenden

¹ Internationales Friedens-Symposium Deutschland – Japan – Korea, das vom 31. März bis 4. April 2008 in Seoul, Korea, stattfand. Die Tagung ist das Ergebnis einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen der deutschen Ostasienmission (DOAM), dem Christlichen Zentrum Tomisaka, der Koreanischen Peace Foundation und der Dekade zur Überwindung von Gewalt (DOV).

Kräfte, wie auch durch die Regierungen unserer Länder. Wer definiert eigentlich Sicherheit? Persönliche Zeugnisse, Erfahrungen und Reflexionen haben uns gezeigt, dass das Konzept der menschlichen Sicherheit neu definiert werden muss. Um tatsächlich menschliche Sicherheit zu erreichen, müssen wirklich alle Stimmen gehört werden, insbesondere jene Stimmen der Marginalisierten. Der von den Nordamerikanern angeführte, so genannte „Krieg gegen den Terror“, an dem all unsere Regierungen aus Gründen der „Sicherheit“ teilnehmen, generiert eine wachsende Militarisierung der Außenpolitik. Diese Entwicklungen lassen aber tatsächlich den Grad der Unsicherheit aller ansteigen, anstatt die menschliche Sicherheit zu stärken. Es muss nach den wahren Gründen des Terrorismus und des „Krieges gegen den Terror“ gefragt werden. Außerdem ist die Beherrschung neoliberaler Globalisierungsprozesse durch die Wirtschaft ein wachsender Faktor von Unsicherheit, die die Mächtigen dazu verleitet, ihre ökonomische Sicherheit durch gewaltsame Mittel zu verteidigen, was wiederum neue Gewaltzirkel hervorbringt und die Unsicherheit der Mehrheit der Menschen überall auf der Welt erhöht. Folglich wird Angst – der offensichtlichste Ausdruck von Unsicherheit – die beherrschende Motivation politischer Entscheidungen.

A. SEHEN: Wir haben unsere Sorgen miteinander geteilt ...

... dass die japanische Regierung alarmierende Schritte unternimmt, um die Nation auf Distanz zu bringen von den Lektionen des Zweiten Weltkrieges. 2006 wurde das grundlegende Gesetz zur Bildung verändert, um den Nationalismus und den „Sinn für Gemeinschaft“ zu stärken. 2007 wurde das frühere Verteidigungsbüro aufgestockt zu einem vollen Ministerium. Es sind Schritte eingeleitet worden, um das pazifistische Grundgesetz in Japan verändern zu können. Insbesondere der pazifistische Artikel 9 des Grundgesetzes ist in Gefahr, da die regierende Partei LDP eine „Selbstverteidigungs-Armee“ (Jieigun) zu erlauben gedenkt, entgegen der jetzigen Gesetzgebung, die bestimmt, dass Land-, See-, und Luftstreitkräfte, sowie anderes Kriegspotential niemals unterhalten werden sollen;

... dass in Okinawa – wie in vielen anderen Teilen der Welt – die Einrichtung von US-amerikanischen Militärbasen Land besetzt, die Selbstbestimmung der gastgebenden Gesellschaften verletzt, Umweltschäden an-

richtet und zum Verlust indigener Kulturen führt. Vor allem aber leiden Frauen und Kinder unter schrecklichem sexuellen Missbrauch und Vergewaltigungen durch die fremdländischen Soldaten. Diese Verletzungen der Menschenrechte und der menschlichen Sicherheit werden im Namen der „nationalen Sicherheit“ und der Verteidigung der Demokratie geduldet, der Logik der US-Militärpräsenz folgend. Kampf und sexuelle Gewalt sind essentiell miteinander verknüpft; militärische Sicherheit ist eng verzahnt mit patriarchalen Denkmustern, Rassismus und Geschlechterdiskriminierung, da gewaltsames Handeln der ureigenen Struktur des Militärs innewohnt, die darauf ausgerichtet ist, Andere durch Zwang zu kontrollieren;

... dass der Reformvertrag der Europäischen Union (Vertrag von Lissabon) gleichzeitig „freien und gerechten Handel“ sowie „eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“ (Artikel 3) fordert. Der Vertrag stützt die „Operationsfähigkeit“ der Union bei „Missionen außerhalb der Union“ auf „zivile und militärische Mittel“ (Art. 42). Der EU Vertrag beansprucht das Recht, „gemeinsame Abrüstungsmaßnahmen“ mit „militärischen Mitteln“ in anderen Ländern durchführen zu können, spricht aber nicht über die Abrüstung der EU. Stattdessen „verpflichten sich (die Mitgliedsstaaten), ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Art. 42). Zusätzlich bekräftigt das *European Defence Paper* (Entwurf für ein Weißbuch der Europäischen Sicherheitspolitik) „ökonomische Überlebensfähigkeit“ als ein vitales Interesse der EU und betont die Legitimität von militärischen Optionen zum „Stabilitätsexport zum Schutz von Handelsrouten und dem Fluss von Rohstoffen“;

... dass sich führende Politiker in Deutschland für eine Aufweichung der Unterscheidung von Innerer und Äußerer Sicherheit aussprechen. Entsprechende Pläne zur Änderung des Grundgesetzes liegen vor, um eine Militarisierung der Inneren Sicherheit zu ermöglichen. Ein neues Konzept der „linked security“, das einen verknüpften Einsatz verschiedener Sicherheitskräfte im Inland wie zur Intervention in andere Länder erlaubt, soll ökonomische Stabilität sichern (was im Gegensatz zur UN-Charta, Art. 51, steht);

... dass die wachsende Xenophobie (Fremdenfeindlichkeit) eine ernste Herausforderung für die „Sicherheit“ in Japan, Korea und Deutschland darstellt;

... dass Tausende von Flüchtlingen, die versuchen, in die EU einzuwandern, an den Grenzen sterben. Arbeitsmigranten in Asien sind oftmals von den Gesellschaften ausgeschlossen und werden ohne Respekt behandelt; ihnen wird ihre Menschenwürde verweigert;

... dass in Nordkorea ökonomische Sicherheit nicht angemessen zur Verfügung steht (Grundbedürfnisse wie Nahrung, Kleidung, medizinische Versorgung); persönliche Berichte zeigen uns die enormen Risiken auf, denen Flüchtlinge aus Nordkorea ausgesetzt sind, sowie deren Schwierigkeiten, ihren Platz in der südkoreanischen Gesellschaft zu finden;

... dass die andauernde Gefahr eines nuklearen Krieges auf der koreanischen Halbinsel durch die jüngeren Äußerungen der südkoreanischen Regierung und seiner Militärs erhöht worden ist. Die koreanischen Teilnehmer unseres Symposiums meinen jedoch, dass die Möglichkeit eines nuklearen Angriffs eher gering ist, da die beiden Länder wirtschaftlich und kulturell voneinander abhängig sind. Die größte Angst der meisten Koreaner und Koreanerinnen ist darin begründet, dass die USA zum Anstifter eines pre-emptiven Militärschlags werden könnten;

... dass in Südkorea der Graben zwischen Arm und Reich immer weiter wächst; Arbeitslosigkeit ist ein Zeichen für den Preis, den die Gesellschaft für die wirtschaftliche Entwicklung zahlt. Die Ärmsten sind vom sozialen Sicherungsnetz ausgeschlossen;

... dass sich in allen unseren Ländern die Einkommenskluft zwischen Armen und Wohlhabenden vergrößert. Die neoliberale Globalisierung hat ein ökonomisches Wertedenken verfestigt, so dass sich die Menschen wenig um die Auswirkungen dieser Konsumfixierung sorgen. Sie sind kaum aufgeklärt über die Umwelteinflüsse ihres Konsumverhaltens. Die Sorge um die globale Klimaveränderung ist zwar in aller Munde, aber selten wird in diesem Zusammenhang die Klimagerechtigkeit genannt, wie zum Beispiel der Verbrauch von Energie, von Nahrungsmitteln, Wasser und weiteren Ressourcen.

B. URTEILEN: Wir sind durch unsere biblischen und theologischen Überlegungen neu ausgerichtet worden

Die Bibelarbeit zu Psalm 85 hat uns an die gegenseitige Abhängigkeit von Gerechtigkeit und Frieden erinnert. In der Relektüre von Abschnitten

aus Lukas 2 und Kolosser 1 (Christushymnus) wurden wir an den Frieden Christi erinnert als einen Gegenentwurf zur Pax Romana – wie auch zu allen anderen irdischen Imperien. Aus christlicher Perspektive ist das Sicherheitskonzept des Imperiums gewaltvoll und exklusiv, es verfolgt das Glück der Elite und deren Freude an ihren Gütern (vgl. Josephus, Antt XIV, 156f), während der Engel, der Jesu Geburt durch die Verkündigung „Ehre sei Gott“ und „Friede auf Erden“ ansagt, die einfachen Menschen anspricht. Um Friede auf Erden zu verwirklichen macht Gott sich selbst durch seine Menschwerdung verwundbar. „Denn es hat Gott wohlgefallen, dass in ihm alle Fülle wohnen sollte und er durch ihn alles mit sich versöhnte, es sei auf Erden oder im Himmel, indem er Frieden machte durch sein Blut am Kreuz“ (Kol 1,19–20).

Dieses befreiende Evangelium ist die ultimative Entblößung der politischen, imperialistischen Ideologie. Die biblische Geschichte enthält eine realistische Anthropologie; sie lehrt uns unsere eigene Verwundbarkeit und die Grenzen der von Menschen gemachten Sicherheiten. Verwundbarkeit ist ein Merkmal unserer Geschöpflichkeit; Verwundbarkeit soll nicht bedauert, sondern angenommen und geschätzt werden, denn sie ist die andere Seite unserer Rezeptivität, unserer Fähigkeit zur Liebe, zum Mit-leiden, zur Sympathie. Menschen werden so lange sie leben Angst empfinden und unter ihr leiden; wir können diese Angst nicht durch Sicherheitsversprechen aufheben. Aber wenn für die menschlichen Grundbedürfnisse Sorge getragen wird, kann sich die Fülle des Lebens ereignen.

„Fürchte dich nicht“ ist die essentielle Botschaft des „Evangeliums der Armen“ (Lk). Sie ist an alle gerichtet, zuerst aber an die an den Rändern der Gesellschaft Lebenden, die Armen, die Unterdrückten, die Verwundbarsten, die sich nicht selbst „absichern“ können. Persönliche Zeugnisse von Teilnehmenden unseres Symposiums, die während der Demokratiebewegung in Korea inhaftiert waren, bestätigen die Wahrheit dieses Evangeliums. Der Glaube an den Mensch gewordenen Gott kann eine befreiende Kraft von der rastlosen Suche nach Sicherheit (lat. *securitas*) entfalten, da er Gewissheit schafft (lat. *certitudo*). Daher kann das primäre Ziel für Christinnen und Christen niemals die Erlangung eines hohen Maßes an eigener Sicherheit auf Kosten Anderer sein, sondern sich für den Frieden aller einzusetzen und nach Überwindung von Unsicherheit und Gewalt zu trachten, beginnend bei den Schwächsten der Gesellschaft.

Für Christen sind aufgrund dieser Einsichten die Mittel zur Erlangung menschlicher Sicherheit von entscheidender Bedeutung. Sicherheit kann weder auf Kosten einiger weniger erreicht werden, noch durch gewaltsames Handeln. 1934 ging der junge deutsche Theologe Dietrich Bonhoeffer so weit zu behaupten: „Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit ... Frieden ist das Gegenteil von Sicherheit.“ Die Zeichen der Zeit erkennend sah er deutlich die Gefahr eines Staates, der bereit war, seine eigene Sicherheit und seinen Wohlstand durch Exklusion und Gewalt aufzubauen. Es gibt keinen Weg zu menschlicher Sicherheit auf dem Weg der Gewalt. Ein realistischer Ansatz muss auf gegenseitige Vertrauensbildung zwischen Menschen ausgerichtet sein, durch die Teilung von Macht und Ressourcen. Menschenrechte müssen gestärkt und nicht geschwächt werden, wenn Vertrauen in politische Institutionen aufgebaut werden soll. Der Grad wahrer menschlicher Sicherheit wird sich daran messen lassen müssen, welche Auswirkungen die unternommenen Schritte für alle in der *oikoumene* haben, zu allererst für die Schwächsten.

C. HANDELN: Wir stellen uns den Herausforderungen ...

Wir laden alle Kirchen ein, gemeinsam für die folgenden Anliegen zu beten:

Wir begrüßen und unterstützen ...

... die Gründung des „Ökumenischen Forums für Frieden, Wiedervereinigung und Entwicklungszusammenarbeit auf der koreanischen Halbinsel“;

... die Organisation des internationalen Frauennetzwerks gegen Militarismus, ihre Arbeit fortzuführen und den Kreis der Teilnehmenden zu erweitern;

... das Programm zum Austausch ökumenischer Mitarbeiter zwischen den Ländern des EMS (Evangelisches Missionswerk in Südwestdeutschland), das Möglichkeiten des gemeinsamen Lernens und der Integration (nicht Assimilation) schafft;

... jede Anstrengung zur interreligiösen Zusammenarbeit für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Wir laden unsere Kirchen und alle Kirchen der Welt ein ...

... AusländerInnen und MigrantInnen zu unterstützen und ihnen einen Platz in der Mitte der Gemeinden zu bieten;

... weiterhin Räume der Begegnung für Menschen aus verschiedenen Regionen zu schaffen;

... „Gottes Option für die Armen“ ernst zu nehmen. In vielen Kontexten sind unsere protestantischen Gemeinden zu Mittelstandskirchen geworden und haben die Armen in ihrer Mitte vergessen;

... soziale Bildung anzubieten, damit die kulturelle und religiöse Vielfalt in den pluralistischen Gesellschaften geschätzt und gefeiert werden kann;

... Initiativen und Gruppen innerhalb und außerhalb der kirchlichen Gemeinschaften, die sich aktiv für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung einsetzen.

Wir empfehlen, einen sorgfältigen Beobachtungsprozess zu initiieren ...

... hinsichtlich der wachsenden Beteiligung des Militärs im „Krieg gegen den Terror“ (z. B. deutsche Truppen in Afghanistan) und die zunehmende Vorherrschaft dieser „Sicherungssysteme“;

... hinsichtlich des Einflusses der Massenmedien, Angst und Unsicherheitsgefühle zu verbreiten.

Wir müssen ...

... erfolgreiche Beispiele für gewaltfreie Friedensschaffung und Strategien zur Erlangung wahrer „menschlicher Sicherheit“ für alle, beginnend mit den Verwundbarsten, sammeln, und diese „gute Nachricht“ und Methodologien verbreiten;

... demokratische Strukturen durch direkte Beteiligung der Menschen an Entscheidungen in allen Teilen der Gesellschaft stärken;

... ein Netzwerk von Menschen aufbauen, um das Thema einer genuinen Sicherheit für die ganze Schöpfung als Grundvoraussetzung des Lebens zu erarbeiten. Nahrung, Obdach, Kleidung, Würde, Glauben, Volkszugehörigkeit, etc. müssen geschützt werden;

... die wachsende Militarisierung in Deutschland, Japan und Korea, sowie anderen Ländern, die Angst bei den Menschen verbreitet, thematisieren. Diese Länder glauben an militärische Lösungen der Probleme in anderen Teilen der Welt;

... jedes Land zu Resolutionen ermutigen, die ihren Regierungen das Kriegsführen verbietet, vergleichbar dem japanischen Grundgesetz Artikel 9, damit die Gewalt- und Kriegsspiralen durchbrochen werden.

Wir fordern ...

... die Aufhebung der Wirtschaftssanktionen (basierend auf der UN-Resolution 1718) gegen Nordkorea;

... dass der Waffenstillstand zwischen Nordkorea und den USA so schnell wie möglich in einen Friedensvertrag umgewandelt wird;

... dass die koreanische Halbinsel zu einer von Nuklearwaffen freien Zone wird;

... die südkoreanische Regierung auf, mehr Freiheit zur Kriegsdienstverweigerung zu gewähren;

... dass persönliche Sicherheit garantiert wird (insbesondere für Frauen und Kinder, die die Verwundbarsten sind);

... dass die Pyongyang-Erklärung des früheren japanischen Premierministers Koizumi Junichiro und des Vorsitzenden der Nationalen Verteidigungskommission von Nordkorea Kim Jong II. zur Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Staaten so bald wie möglich umgesetzt wird;

... die Kirchen in unseren Ländern auf, durch ihre Partnerschaften mit US-amerikanischen Kirchen ihrem Anliegen Ausdruck zu verleihen, dass die USA diplomatische Beziehungen mit Nordkorea aufnimmt, um den Frieden auf der koreanischen Halbinsel zu stärken.

Während dieses Symposiums haben wir wahrgenommen, dass weitere Personen in Tibet getötet, verletzt und gefangen genommen wurden. Wir sind in tiefer Sorge um deren Sicherheit und hoffen, dass diese Verletzungen der Menschenrechte sofort beendet werden.

Wir fordern den Ökumenischen Rat der Kirchen auf, ein internationales Studienprojekt zu „menschlicher Sicherheit“ und Gewaltüberwindung zu initiieren und zu unterstützen und diese Thematik auf der Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation 2011, die den Höhepunkt der „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ darstellt, zu verhandeln.

Wir, 60 Teilnehmende des Symposiums (und mehr als 60 weitere Gäste), traten im Norden Seouls zusammen, genossen die frische Luft und die schöne Landschaft. Wir wurden Willkommen geheißen und auf wunder-

bare Weise von unseren koreanischen Schwestern und Brüdern als Gäste empfangen. Die Möglichkeit, mit einem Mönch in einem buddhistischen Tempel in Seoul gesprochen zu haben, sowie den Ausflug nach Kaesong in Nordkorea schätzen wir sehr. Dankbar sind wir für die Gelegenheit, uns in einer wahrhaft ökumenischen Gemeinschaft versammelt zu haben. Wir haben miteinander gelernt und diskutiert, Gottesdienst gefeiert und das Abendmahl geteilt – das Fest der Versöhnung.

Angenommen am 4. April 2008 (dem 40. Jahrestag der Ermordung Martin Luther King Jr.)